



Aus explizit progressiver Perspektive: In der Weimarer Republik erreichten sozialistische Romane und Theaterstücke ein Massenpublikum. Und heute? Überlegungen zu einer populären linken Literatur. Von Enno Stahl

Kampf um Kohle

Räumungen im Hambacher Forst, Kritik kommt selbst von Polizisten. Siehe Kommentar Seite 8

2

System Schneeball

Die nächste Krise kommt – und sie wird schlimmer als die von 2008. Gespräch mit Dirk Laabs

3

Solidarität und Hass

Tausende in Köln gegen Rassismus auf der Straße, in Chemnitz und Köthen marschieren Rechte

4

Schatten des Austritts

Kongress des britischen Gewerkschaftsbundes TUC vom Streit um den Brexit dominiert

15

Ohne Trump zum Frieden

USA außen vor: Nord- und Südkorea wollen Gipfeltreffen in Pjöngjang für Entspannung auf der Halbinsel nutzen. **Von Rainer Werning**

Entscheidende Tage für den Friedensprozess auf der Koreanischen Halbinsel: Nach bisher zwei Treffen am 27. April und 26. Mai im Grenzort Panmunjom wird am heutigen Dienstag der Staatschef Südkoreas, Moon Jae In, zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) erwartet. Auf seiner Reise begleiten den Präsidenten mehr als 200 hochrangige Politiker und Repräsentanten der führenden Wirtschaftsunternehmen des Landes, die von Seoul aus direkt in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang fliegen, wo auf Einladung von Staatschef Kim Jong Un am Dienstag abend ein Staatsbankett vorgesehen ist.

Moon will die »Denuklearisierung« der Halbinsel in den Mittelpunkt dieses dritten Gipfeltreffens mit seinem nordkoreanischen Amtskollegen stellen. Neben diesem Kernthema sollen, so Moons Stabschef Im Jong Seok auf einer Pressekonferenz am Montag in Seoul, die Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen, ein Besucheraustausch sowie Maßnahmen zur Entspannung der militärischen Lage auf der Agenda stehen. Bereits in der vergangenen Woche wurde in der nordkoreanischen Stadt Kaesong ein Verbindungsbüro eröffnet, in dem beide Seiten täglich direkt zusammenarbeiten. Seoul hat dazu eigens 20 Beamte in das Nachbarland entsandt.

»Wir können nicht sicher voraussagen, wie erfolgreich der Ausgang dieses Gipfeltreffens sein wird«, betonte Im. Doch Moon werde alles tun, um bei den Atomverhandlungen, die bislang vor allem zwischen Nordkorea und den USA geführt wurden, zu



Über alle Mauern hinweg: Gipfeltreffen von Kim Jong Un und Moon Jae In am 27. April in Panmunjom

vermitteln und konkrete Schritte einzuleiten. Kim Jong Un hatte bei seinen früheren Treffen mit Moon sowie beim Gipfel mit US-Präsident Donald Trump am 12. Juni in Singapur seine Bereitschaft zur »kompletten Denuklearisierung« erklärt und seitdem mehrere Goodwill-Gesten gezeigt. Eine Raketentestanlage wurde zerstört, die vormals allgegenwärtigen martialischen Anti-US-Propagandaposter sind weitgehend verschwunden, und bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Staatsgründung wurde auf das Zurschaustellen von Interkontinentalraketen verzichtet. Es gab ein neuerliches innerkoreanisches

Familientreffen, und den USA wurden die Überreste gefallener GIs aus dem Koreakrieg (1950–53) übergeben.

Washington beharrt indes weiterhin darauf, die gegen Nordkorea verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten. Politische Hardliner und mächtige konservative Medien in den USA werden nicht müde, eine nie und nirgendwo vereinbarte »sofortige und vollständige Denuklearisierung« zu verlangen. Die atomare Abrüstung sei jedoch, so kontern die Staatsmedien der DVRK, ein Prozess, der jeweils abgestimmter gegenseitiger Schritte bedarf.

In Pjöngjang hat man im Vorfeld der Moon-Visite eingewilligt, erstmals eine teilweise Liveberichterstattung des Gipfeltreffens beider Staatschefs zu gewährleisten. »Der Norden und der Süden sollten aktiv die neue Geschichte von Frieden, Wohlergehen und Wiedervereinigung gestalten, indem beide Seiten Kraft und Weisheit entfalten, um die Errungenschaften auf dem Weg zur Umsetzung der Panmunjom-Deklaration wertzuschätzen«, schrieb die *Rodong Sinmun*, das offizielle Organ der in Nordkorea regierenden Partei der Arbeit Koreas, zum Wochenbeginn. Soviel Eintracht war noch nie.

Putin und Erdogan beraten über Krieg in Syrien

Sotschi. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan sind am Montag in Sotschi zu Beratungen über den Krieg in Syrien zusammengekommen. Putin sagte zu Beginn des Treffens in der russischen Schwarzmeerstadt, Erdogan und er hätten »viele Themen« zu besprechen, darunter auch einige »schwierige«. Ankara versucht derzeit, eine Offensive der syrischen Regierungstruppen auf Idlib zu verhindern. Am Sonntag hatte die türkische Armee bereits einen ihrer Beobachtungsposten in der syrischen Provinz stark aufgerüstet. Wie die Zeitung *Hürriyet* am Montag berichtete, brachte ein Konvoi von 50 Militärfahrzeugen Panzer und anderes Militärgerät zu dem Stützpunkt in Dschir Al-Schughur im Südwesten von Idlib. (AFP/JW)

Staatstrojanereinsatz vor allem gegen Drogendelikte



Berlin. Polizeibehörden wollen den »Staatstrojaner« nach Informationen des Portals *Netzpolitik.org*, anders als angekündigt, vor allem gegen Drogendelikte einsetzen. Das geht aus einem internen Schreiben hervor, das *Netzpolitik.org* am Montag veröffentlichte. Demnach ließ sich das Bundeskriminalamt von den Behörden aus Bund und Ländern alle Ermittlungsverfahren von 2012 und 2013 melden, die einen Einsatz des Staatstrojaners rechtfertigen könnten. In 53 Prozent der Fälle ging es um Rauschgiftkriminalität, hinzu kommen Eigentums- und Vermögensdelikte. Dies stehe im Widerspruch zu den Beteuerungen, Staatstrojaner nur gegen »schwere und schwerste Straftaten« einzusetzen, betonte Andre Meister von *Netzpolitik.org*. Vor dem Bundesverfassungsgericht laufen mehrere Beschwerden und Klagen gegen die verdeckte Onlineüberwachung. (dpa/JW)

Medienbericht: Merkel lässt Maaßen fallen

Kanzlerin will angeblich Entlassung des Verfassungsschutzpräsidenten

Kurz vor dem Koalitionsgipfel an diesem Dienstag haben sich die Hinweise verdichtet, dass Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen seinen Hut nehmen muss. Laut einem Bericht der *Welt* hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) entschieden, den Geheimdienstchef fallenzulassen. Eine offizielle Bestätigung gab es dafür allerdings bis Redaktionsschluss nicht.

Vizeregierungssprecherin Martina Fietz sagte, sie wolle den Bericht nicht kommentieren, und verwies darauf, dass die Kanzlerin sowie Bundesinnen-

minister Horst Seehofer (CSU) und SPD-Chefin Andrea Nahles an diesem Dienstag erneut zu einem Gespräch zusammenkommen wollen. Bis dahin hätten die Koalitionspartner Stillschweigen vereinbart.

Die *Welt* schrieb unter Berufung auf Koalitionskreise, Merkel habe am Wochenende führenden Politikern des Regierungsbündnisses in Telefonaten signalisiert, dass sie gegen einen Verbleib Maaßens im Amt sei. Zuvor hatten führende Sozialdemokraten auf die Abberufung des Verfassungsschutzchefs unter anderem wegen dessen Äu-

ßerungen zu den Ausschreitungen in Chemnitz gepocht.

Seehofer hatte Maaßen dagegen mehrfach sein Vertrauen ausgesprochen, zuletzt am Donnerstag. Die *Welt* berichtete, Maaßen habe Unionspolitikern gesagt, dass Seehofer seinen eigenen Sturz für den Fall erwarte, dass er gehen müsse. Seehofer ist als Innenminister der oberste Dienstherr des Verfassungsschutzchefs und müsste ihn entlassen. Allerdings gilt als unwahrscheinlich, dass der CSU-Chef gegen den Willen der Kanzlerin und des Koalitionspartners

SPD an Maaßen festhalten könnte.

Maaßen, der seit 2012 an der Spitze der Behörde steht, hatte vor allem mit seinen öffentlich geäußerten Zweifeln an einer rassistischen Hetzjagd in Chemnitz sowie wegen Treffen mit AfD-Politikern Kritik auf sich gezogen.

Es sei ein gutes Signal, wenn die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende der CDU die Haltung der SPD zur Ablösung Maaßens teile, sagte SPD-Vize Ralf Stegner der *Welt*. Der Linken-Kofraktionschef Dietmar Bartsch nannte eine Entlassung »überfällig« und »absolut notwendig«. (Reuters/JW)